

KEINE ANGST VOR KONTROVERSEN! WARUM, WIE UND WOZU WIRD RELIGION ZUM THEMA DER POLITISCHEN JUGENDBILDUNG?

Fünfzig Auszubildende diskutieren in der Evangelischen Akademie Loccum ein Szenario: Soll das jährliche Highlight, ein Sommerfest der Kita, auch dann stattfinden, wenn es in die Fastenzeit des Ramadan fällt? Sollte auf dem Gelände gegrillt werden, wenn viele Eltern nicht essen und trinken? Und wenn es nicht stattfindet: Fehlt dann nicht eine Gemeinschaftsaktivität, die wichtig ist für das Kita-Leben?

Zwanzig Berufsschüler*innen stehen vor einer Kirche und lauschen den Erläuterungen der Kirchenpädagogin. Ganz hinten hört man unter muslimischen Jugendlichen: „Jetzt werden wir missioniert!“ Ganz ernst gemeint ist es nicht, nur aus Spaß gesagt ist es aber auch nicht. Religionen von Mehrheiten und Minderheiten: Was bedeutet dies für die Bildungsarbeit?

Die muslimische Kollegin erläutert, dass der Koran von Gott herabgesandt wurde. Die evangelische politische Jugendbildnerin kommentiert (nach Vorabsprache) mit Augenzwinkern: „Dir ist aber schon klar, dass ich das anders sehen würde?“ Wie sprechen wir im Team und mit Jugendlichen kontroverse Perspektiven wertschätzend an?

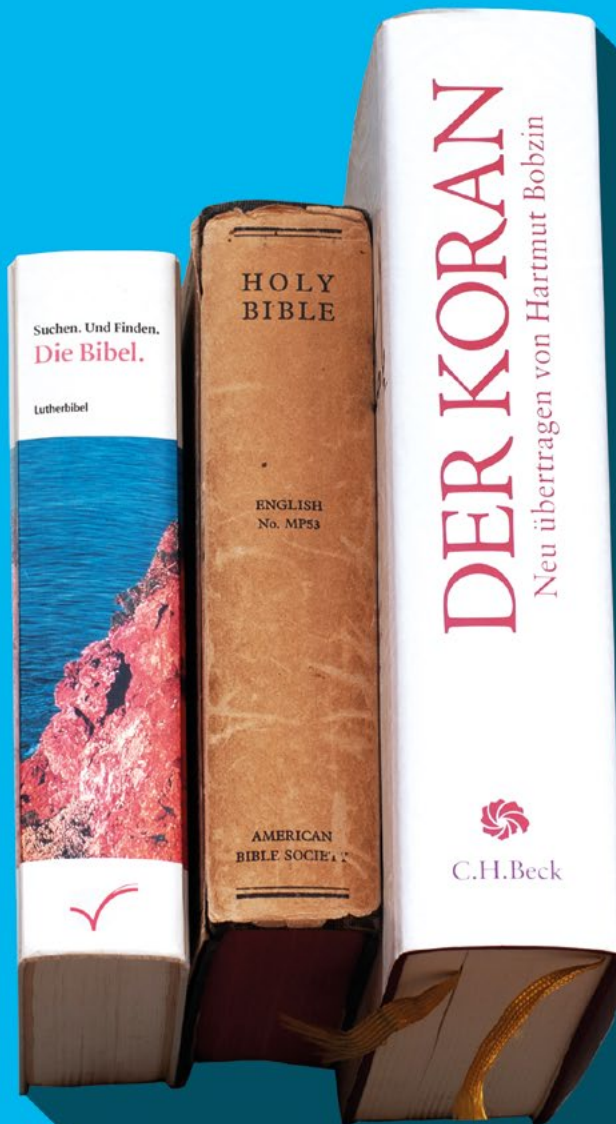
Fünfzehn Sprachlernschüler*innen haben zu den Grundrechten gearbeitet und fragen sich, ob es möglich ist, die religiösen Feiertage aller Religionen in Deutschland zu respektieren. Die überraschte Äußerung einer jungen Polin nach dem Blick auf den Kalender: „Wenn alle zu allen Feiertagen, Fastenzeiten und in den Schulferien frei haben, kommen wir in der Schule ja überhaupt nicht mehr zum Lernen!“ Gibt es auch ganz praktische Fragen zu den Religionen in der Demokratie?

Vierzig Jugendliche, die an einer berufsbildenden Schule ihren Hauptschulabschluss nachholen, arbeiten in Szenarien zu den Themen Islamische Kleiderordnung und Jungenbeschneidung. Sie finden, dass pragmatische Umgangsformen bei den Bekleidungs Vorschriften zu guten praktischen Lösungen führen können. Warum nicht ein Burkini im Schwimmbad, damit die Freundin mitkommen kann? Mit der Beschneidung ist es anders: Hier geraten die Grundrechte Religionsfreiheit und Körperliche Unversehrtheit in Konflikt. Die spannende Frage ist: Wie konnte dieser Konflikt in Deutschland gelöst werden?

Ein junger Zuwanderer aus dem Irak kommt nach der Veranstaltung zur Leitung und fragt: „Darf ich ein Grundgesetz mitnehmen?“ Für ihn hat diese schwer verständliche Ansammlung von Text nach den Gesprächen über Religionsfreiheit persönliche Relevanz bekommen. Er weiß nun, dass er sich für den Besuch eines Ramadan- oder Opferfestes von der Schule beurlauben lassen kann. Das Schulgesetz formuliert die Religionsfreiheit für den Alltag aus, die Demokratie schützt auch Minderheiten.

„Religion is back ...“

... heißt es seit langem in der Soziologie und nun sogar in der Politikdidaktik.¹ Das ist erklärungsbedürftig, denn Religion ist nicht selbstverständlich ein Bildungsthema außerhalb von Religionsunterricht oder religiöser Unterweisung in der Religionsgemeinschaft. In den letzten 20 Jahren ist vor allem die Auseinandersetzung mit dem Islam und dem islamistischen Terrorismus ein Motiv gewesen, sich mit Religion(en) auch in der politischen Bildung zu beschäftigen. Letztlich stand häufig die (Primär-)Prävention² im Vordergrund. Die Beschäftigung mit Religion war also durchaus ambivalent, nicht selten von Abwehr geprägt.



Suchen. Und Finden.
Die Bibel.

Lutherbibel

HOLY
BIBLE

ENGLISH
No. MP53

AMERICAN
BIBLE SOCIETY

DER KORAN
Neu übertragen von Hartmut Bobzin



C.H. Beck

Ohne einen konstruktiven Zugang zu Religion(en) kann aber selbst Prävention nicht stattfinden. Sonst folgen wir nicht mehr der Logik politischer Bildung, sondern der von Gefahrenabwehr, für die andere Institutionen in unserer Gesellschaft zuständig sind. Es bedarf also einer Offenheit gegenüber Religion, einer Differenzierung, welche Positionen innerhalb der jeweiligen Religionen vertreten werden, und der Thematisierung problematischer oder gar illegaler Tendenzen. Dafür benötigen die Bildner*innen auch gute Kenntnisse über Religion(en).

Für religiöse Menschen kann diese neue Aufmerksamkeit für Religion positiv sein. Viel selbstverständlicher als zum Ende des letzten Jahrhunderts wird sie nun nicht mehr als verschwindend³, sondern als auch öffentlich zu würdigender Teil der Identität angesehen. Mit der größten religiösen Pluralität in Deutschland gewinnt die Frage, wie mit ihr umzugehen ist, an Relevanz.

Religion als harte Herausforderung für Toleranz

„Die Toleranz wird zu einer essenziellen Tugend der Demokratie“, schlussfolgert Rainer Forst nach einem Parforceritt durch die europäische Philosophie- und Religionsgeschichte.⁴ Dabei ist gerade das Miteinander von Religionen eine besonders harte Herausforderung

für Bürger*innen wie für politische und rechtliche Institutionen. Seien wir ehrlich: Häufig formulieren Religionen sich gegenseitig ausschließende Wahrheitsansprüche: Ins Paradies gelangt man (meist) nur mit der eigenen Religion.⁵ Und die „Säkularen“ haben mit der negativen Religionsfreiheit auch das Recht, von Religion „verschont“ zu bleiben beziehungsweise ihre Kritik an Religion vortragen zu können. „Die Toleranz ist in Konflikten gefordert, die sich nicht normativ auflösen, sondern nur durch eine Haltung der Toleranz ‚entschärfen‘ lassen [...]“⁶

Für den Religionsunterricht stellt das Miteinander der Religionen ein naheliegendes Thema dar, schon interkonfessionell (evangelisch-katholisch, sunnitisch-schiitisch), aber auch interreligiös, weil die Lerngruppen in der Schule de facto religiös heterogen zusammengesetzt sind.⁷ Hier spielen insbesondere auch theologische Inhalte eine Rolle.⁸

Religion als Thema der politischen Jugendbildung

Für die politische Jugendbildung ist dies anders: Hier ist das zentrale Thema die Toleranz: „Das Recht auf freie Religionsausübung schützt die religiöse Identität einer Person aus einem allgemein geforderten Respekt für die ethische Identität einer Person heraus, nicht [unbe-

dingt, S.B.] aus einer besonderen Wertschätzung der Religion.“⁹ Auch „Säkulare“ und Mitglieder der jeweils anderen Religionen sind also zu diesem Schutz aufgefordert.

Jugendliche nehmen öffentliche Debatten, vor allem die um „den“ Islam aufmerksam wahr. Ist „der“ Islam „terroristisch“? Gehört er zu Deutschland? Lebt die („christliche“) Mehrheitsgesellschaft „ohne Werte“? Obwohl sie selbst in den Schulen eher einer Laissez-faire-Haltung des „Leben und leben lassen“ huldigen und im Schulalltag oft viel toleranter sind als die Gesamtgesellschaft (gerade in den heterogenen Schüler*innengruppen berufsbildender Schulen), folgern sie aus der häufig aufgeheizten öffentlichen Stimmung sowie aus Konflikten in vielen Herkunftsgesellschaften und -staaten, dass das Miteinander von Religionen, wenn es darauf ankommt, nur konflikthaft und in Machtkategorien zu denken ist.¹⁰

Wie geht es nun, das Miteinander von Religionen in Deutschland? Das ist die zentrale Frage der politischen Jugendbildung zum Thema Religion.



Wie mit Jugendlichen arbeiten?

Wird das Miteinander von Religionen thematisiert, steht für Jugendliche zunächst das Verstehen von Religion(en) im Mittelpunkt. Sie knüpfen meist nicht an abstrakte Vorstellungen von Grundrechten, toleranter Gesellschaft und Institutionensystem an. Daher geht es häufig erst einmal um ein Kennenlernen von Religionen, das religionskundlich orientiert ist und meist theologisch oberflächlich bleiben muss. Jugendliche sind stark darin, die „soziale Seite“ von Religion (auch „ihrer“ Religion) zu erläutern: zum Beispiel die Elemente der Gotteshäuser, den Ablauf von Festen, soziale Normen wie das Almosengeben oder Grundrituale wie das tägliche Gebet usw. Dies ohne Hysterie (wie leider zu häufig in den – sozialen – Medien) zu besprechen und ein Beispiel dafür zu geben, wie man sich anderen verständlich machen und neugierig werden kann, übt tolerantes Verhalten ein. Wie ein interreligiöses Team in seiner internen Kommunikation und im Gespräch mit den Jugendlichen konflikthafte Themen anspricht, kann ein Rollenmodell auch für die Teilnehmenden sein.¹¹

Die unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Perspektiven werden in konzentrischen Kreisen aufgenommen: Mit Hilfe von Gegenständen oder durch den Besuch von Gottes- und Gebetshäusern („Kirchenpädagogik“) können in elementarisierter Weise Normen und Rituale thematisiert werden, die in ihrer sozialen Funktion Ähnlichkeiten aufweisen und daher besonders verständlich sind.

Der Festkalender einer Religion kann als „Katechismus“ verstanden werden, der zentrale Inhalte zum Ausdruck bringt.¹² Betrachtet man Fotos, wird offensichtlich: Überall kommen viele Leute zusammen, und gegessen wird immer gut. Theologische Zugänge im engeren Sinn überfordern Veranstalter*innen wie Teilnehmende, denn Jugendliche haben meist zu geringe Kenntnisse auch über die eigene Religion, um qualifizierte Aussagen zum jeweiligen religiösen Verständnis erarbeiten zu können. Ist das Vertrauen in eine wertschätzende Atmosphäre gelegt, kann und sollte mit einem weiteren Kreis die politisch-gesellschaftliche Ebene im eigentlichen Sinne berührt werden: durch Diskussionen um die Voraussetzungen für gutes Miteinander der Religionen – in den Medien, in den Haltungen der Bevölkerung, in den Religionen selbst, in den Gesetzen bis hin zur Verfassung.

Ein weiterer von uns erprobter Zugang knüpft an die Einführung in die Grundrechte an, die spielerisch erfolgen kann.¹³ So kann die Beschäftigung mit der Religionsfreiheit an Religionskonflikten konkretisiert werden: Welche Feste werden öffentlich respektiert und führen zu Schulbefreiung? Wie steht es mit dem islamischen Kopftuch und der jüdischen und der islamischen Jungenbeschneidung?

Ziele der Demokratiebildung zum Thema Religion

„Ein ‚tolerantes‘ und offenes demokratisches System bedarf der Toleranz der Bürger [...]“¹⁴ Demokratie lebt nicht nur von demokratischer Verfassung, Rechtsstaatlichkeit und Bindung staatlicher Institutionen an die Grundrechte (Demokratie als Herrschafts- und Gesellschaftsform), sondern muss auch im Alltag gelebt werden (können) (Demokratie als Lebensform).¹⁵

Es geht also nicht nur um das kognitive Wissen um Verfassung und Rechte, sondern auch um eine eigene Haltung, die mit dem Begriff „Ambiguitätstoleranz“ gut umschrieben ist, der auch in der (sozial-)pädagogischen Arbeit eine Rolle spielt.¹⁶ Die *eigenen* Rechte und Perspektiven kennen und ausdrücken können, die *anderer* kennen und schätzen oder zumindest tolerieren können, das ist die Aufgabe heute.

Hier treffen die Ziele politischer Jugend- und Demokratiebildung mit präventiven Ansätzen zusammen. Primärprävention gegen Extremismen, das heißt positiv gewendet: Förderung von Ambiguitäten, das Aushalten-Lernen von Widersprüchen und das Vertrauen darauf, dass die eigenen Identitäten, Perspektiven und Interessen in einer vielfältigen Gesellschaft Platz haben. Und: Auf die Wahrnehmung von Differenzen muss nicht verzichtet werden. Im Gegenteil, sie sind ins Gespräch zu bringen. Konflikte sollen aber so geführt werden (können), dass der andere nicht zum Feind wird.

Die hinkende Trennung von Staat und Religion in Deutschland fördert Demokratie

Deutschland hat ein besonderes Religionsverfassungsrecht: Religion und Staat sind nicht, wie in Frankreich, streng voneinander getrennt, sondern in einer „hinkenden Trennung“ auf bestimmten Gebieten miteinander verbunden. Weite Bereiche der Sozialpolitik – man denke an Krankenhäuser und Beratungsstellen – werden von Einrichtungen der großen Kirchen (und zunehmend auch anderer Religionsgemeinschaften) abgedeckt, Religionsunterricht wird an staatlichen Schulen erteilt. Der Staat ist religiös-weltanschaulich neutral, fördert aber durchaus (alle!) Religionen und kooperiert mit ihnen auf bestimmten Gebieten.

Das ist nicht unumstritten. Heftig diskutiert beispielsweise ist die Frage, auf welche Weise Muslim*innen (und weitere Religionsgemeinschaften) in dieses System von Staat und Religion einbezogen werden können, von den Rundfunkräten über Beteiligung muslimischer Organisationen an Angeboten des Wohlfahrtsstaates oder an der politischen Jugendbildung.

Es sollte nicht unterschätzt werden, welche aufklärende und disziplinierende Kraft in der hinkenden Trennung liegt: Der Staat und seine Einrichtungen können das Potential von Religionsgemeinschaften nutzen. Religionsgemeinschaften andererseits sind gehalten, mit der Gesamtgesellschaft und mit anderen Religionen ins Gespräch zu treten, ihre eigenen Theologien und Ethiken zu erläutern und mit anderen Kriterien, auch mit rechtsstaatlichen, abzugleichen. Das kann sowohl die Gesellschaft als auch die Religionsgemeinschaften selbst voranbringen, man denke nur an die Entwicklungen im Christentum hin zu einer Anerkennung von Demokratie auch aus theologischen Argumenten heraus.¹⁷ Eine gänzliche Abdrängung von Religion ins Private hat den Nachteil, dass genau diese Auseinandersetzungen nicht stattfinden. Der Religionsunterricht an staatlichen Schulen, in den Judentum und Islam inzwischen immer stärker einbezogen werden, macht die Beschäftigung mit den Spannungen rund um Religion(en) möglich und fördert die Haltungen einer Demokratie als Lebensform.

Die politische Jugendbildung hat hier die Aufgabe, genau diese Vermittlung von Demokratie und Religion mit Jugendlichen zu thematisieren, mit ihnen eine Sprache der Wertschätzung auch gegenüber religiösen Minderheiten zu entwickeln und eine kritische Auseinandersetzung mit allen Positionen zu ermöglichen. Mit Bezug auf die Grundrechte ist auch zu thematisieren, welche Grundlage diese offene Auseinandersetzung in den Haltungen sowie institutionellen und (grund-)rechtlichen Sicherungen in Deutschland hat.

1. Vgl. Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften (zdg). Jahrgang 9, 2018, Heft 2: Religion.
2. Die Primärprävention gegen Extremismen arbeitet mit allen Zielgruppen; sie ist nicht davon abhängig, dass es bereits extremistische Positionen in der Gruppe gibt. Die Sekundärprävention arbeitet mit gefährdeten Personen, bei der Tertiärprävention ist der Extremismus vollständig ausgeprägt. Angebote der politischen Bildung sind in der Regel primärpräventiv. Vgl. die ausführliche Darstellung in Greuel, Frank (2020): Zum Konzept der Prävention: Ein Plädoyer für engere Grenzen. Online verfügbar: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/radikalisierungspraevention/311923/zum-konzept-der-praevention-ein-plaedoyer-fuer-engere-grenzen>, Zugriff: 3.8.2021.
3. Die sog. Säkularisierungsthese besagt, dass die Moderne einen automatischen Rückgang der Religion bewirkt. Vgl. die (selbst-)kritischen Anmerkungen des Religionssoziologen Berger, Peter L. (2013): Nach dem Niedergang der Säkularisierungstheorie. Mit Kommentaren von Pollack, Detlef (Hg.) u.a. Münster, S. 1–9.
4. Forst, Rainer (2003): Toleranz im Konflikt. Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs. Frankfurt am Main, S. 571.
5. Eine differenzierte theologische Auseinandersetzung mit dem Vorhandensein anderer Religionen, die ebenfalls einen Wahrheitsanspruch für sich formulieren, ist durchaus möglich. Sie setzt aber fundierte Kenntnisse voraus, die in der politischen Jugendbildung selten vorausgesetzt werden können.
6. Forst, Rainer (2003), ebenda, S. 588.
7. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat in einer Denkschrift entfaltet, wie der evangelische Religionsunterricht die religiöse und weltanschauliche Pluralität aufnehmen und zu einem reflektierten Verständnis dieser Pluralität in der Demokratie beitragen kann. Vgl. Kirchenamt der EKD (2014): Religiöse Orientierung gewinnen. Evangelischer Religionsunterricht als Beitrag zu einer pluralitätsfähigen Schule. Eine Denkschrift des Rates der EKD. Gütersloh. Ergänzende Überlegungen finden sich in EKD (2018): Religiöse Bildung in der migrationssensiblen Schule. Herausforderungen und Ermutigungen der Kammer der EKD für Bildung und Erziehung, Kinder und Jugend. Hannover.
8. Das Weltethos-Projekt des katholischen Theologen Hans Küng forscht und lehrt z.B. zu den friedensfördernden Gemeinsamkeiten der Religionen; die Stiftung Weltethos unterstützt zahlreiche Bildungsmaßnahmen. Vgl. https://www.weltethos.org/was_ist_weltethos, Zugriff: 3.8.2021. In Ebeling, Klaus (Hrsg.) (2011): Orientierung Weltreligionen. 2. Auflage. Stuttgart, finden sich die ethischen Orientierungen verständlich für fünf Religionen dargestellt. Entstanden ist das Buch für Soldat*innen im Auslandseinsatz. In den vergangenen 10 bis 15 Jahren sind zahlreiche ähnliche Unterrichtswerke erschienen.
9. Forst, Rainer (2003), ebenda, S. 697, Fn. 38.
10. Die Alltagstoleranz geht weit, ist aber im Konfliktfall oft nicht belastbar, vgl. Benzler, Susanne (2006): Interkulturelle Jugendbildung ohne Kulturalismus. Außerschulische Bildungsarbeit mit Haupt- und BerufsschülerInnen. In: Menke, Barbara; Waldmann, Klaus; Wirtz, Peter (Hrsg.): Kulturelle Vielfalt – Diskurs um die Demokratie. Bad Schwalbach/Ts., S. 290–309.
11. Das setzt eine intensive Vorarbeit im Team voraus. Die Teammitglieder müssen wissen, wo die jeweiligen neuralgischen Punkte für die anderen liegen und was man sich gegenseitig zumuten kann. Auch ist es nötig, eine gemeinsame Sprache für Kontroversen zu finden: „We agree to disagree“ – so kann der kleinste gemeinsame Nenner beschrieben werden.
12. Vgl. die Bildungsmaterialien zu „Religiöse Feste“ in: Benzler, Susanne (2007): Über den Tellerrand geschaut: Gemeinsam essen und feiern. In: Benzler, Susanne; Dahling-Sander, Christoph; Holze, Friedrich: Verständigung im Konflikt. Positionen entwickeln für das Zusammenleben von Christen und Muslimen. Arbeitshilfen der Evangelischen Erwachsenenbildung Niedersachsen Nr. 10. Hannover, S. 35–44.
13. Zum Beispiel mit „GG20 – Spiel mit den Grundrechten unserer Demokratie“. Das Spiel wurde von der Jugendbildung der Ev. Akademie der Nordkirche entwickelt. Online verfügbar: <https://www.evangelische-akademien.de/projekt/gg20>, Zugriff: 3.8.2021.
14. Forst, Rainer (2003), ebenda, S. 701.
15. Vgl. dazu u.a. Himmelmann, Gerhard (2016): Demokratie lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Arbeitsbuch. Schwalbach/Ts.
1. Daher ist es durchaus sinnvoll, dass die Berufsgruppen der politischen Bildung, der Jugendsozialarbeit und der Schulsozialarbeit kooperieren, wie etwa im Präventionsprojekt des Bundesjugendministeriums gegen religiös motivierten Extremismus.
17. Die erste grundlegende Äußerung der Evangelischen Kirche in Deutschland findet sich im Jahr 1985, vgl. Kirchenamt der EKD (1985): Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie. Der Staat des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe. Eine Denkschrift. Gütersloh.

Dr. Susanne Benzler ist Studienleiterin für gesellschaftspolitische Jugendbildung und Regionale Fachstelle im Projekt „Alles Glaubenssache?“ an der Evangelischen Akademie Loccum.

Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole (Hg.): Was die Demokratie zusammenhält – Konsens, Kompromiss und Kontroversität in der politischen Jugendbildung. Jahrbuch 2021. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 42-47.
www.politische-jugendbildung-et.de